

Zu diesem Heft – Ist nach der Krise vor der Krise?

Es war einer der dramatischsten Tage an der New Yorker Wall Street. Das ganze Wochenende hatte man unter Hochdruck nach Lösungen gesucht. Am 15. September 2008 schließlich musste die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers nach 158-jährigem Bestehen Insolvenz anmelden. Schwierige Wochen und Monate folgten, und noch Jahre später machen sich die weitreichenden Konsequenzen dieser Entscheidung nicht nur in den USA, sondern auch in Europa bemerkbar. Finanzinstitute gerieten in Not, liehen sich gegenseitig kein Geld mehr, Verunsicherung machte sich breit, die Wirtschaft brach ein, Banken wankten, Regierungen kamen zu Hilfe, und plötzlich waren die einst so abstrakten und vermeintlich wirklichkeitsfremden Finanzinnovationen mitten in der Realität großer Bevölkerungsteile angekommen – bei jenen, die an das verheißungsvolle Versprechen der privaten Altersvorsorge glaubten und enttäuscht wurden, bei Eigenheimbesitzer*innen, die ihre Häuser verloren, bei Bürger*innen, die die Kürzungen staatlicher Ausgaben infolge der Bankenrettung am eigenen Leib erfahren mussten, und bei den Steuerzahler*innen, die in Deutschland nach Angaben der Bundesregierung knapp 70 Milliarden Euro für Maßnahmen zur Krisenbewältigung aufbringen mussten.¹ So schlagartig und unmissverständlich sich die Gefahr von Finanzrisiken und global gehandelten Hypothekarkrediten in der größten Bankenpleite aller Zeiten offenbarte, so langwierig, herausfordernd und mitunter gar nicht so eindeutig gestaltet sich die Suche nach Lösungen und dem geeigneten Umgang mit ihren bis heute spürbaren Folgen.

Was bleibt? Was wurde in zehn Jahren Krisenbewältigung und -prävention erreicht? Oder anders formuliert: Ist das Finanzsystem sicherer geworden? Die Bestandsaufnahmen zum zehnten Jahrestag der Lehman-Pleite fallen trotz langjähriger Bemühungen um eine strengere politische Regulierung ernüchternd aus: eine weiterhin zu geringe Eigenkapitalausstattung der Banken, gescheiterte Gesetze zu Trennbanksystem und Finanztransaktionssteuer, ein rapider Anstieg der globalen Verschuldung (sowohl von Unternehmen als auch von Haushalten) infolge der Niedrigzinspolitiken der Zentralbanken, ein amerikanischer Präsident, der vieles dafür tut, die Regulierungs-Fortschritte seines Vorgängers wieder rückgängig zu machen, aber auch in Europa eine wachsende »Deregulierungsstimmung«, wie es die Chefin der EZB-Bankenufsicht Danièle Nouy kürzlich formulierte,² ein gewaltiger, weitgehend unregulierter Schattenbankensektor und – besonders entmutigend, da sich hier die zentrale Rechtfertigung für die Unvermeidlichkeit des *Bail Out* verbirgt – Finanzinstitute, die nicht kleiner, sondern eher noch größer geworden

1 Vgl. Cerstin Gammelin 2018. »Jede Familie zahlt 3000 Euro für Finanzkrise«, in *Süddeutsche Zeitung online* vom 12. September 2018. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/finanzkrise-kosten-deutschland-1.4126273 (Zugriff vom 17.10.2018).

2 Vgl. Meike Schreiber; Markus Zydra 2018. »Bankenaufsicht warnt vor laxeren Regeln«, in *Süddeutsche Zeitung online* vom 9. September 2018. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bankenaufsicht-das-ist-grotesk-1.4122219 (Zugriff vom 07.10.2018).

sind, bei denen es also noch problematischer geworden ist, sie scheitern zu lassen. Eine Frage, die viele umtreibt, lautet daher noch zehn Jahre später: Ist nach der Krise vor der Krise? Auf der Suche nach einer Antwort bedient sich unser Autor *Bernhard Emunds* bei den theoretischen Konzepten des Postkeynesianers Hyman P. Minsky. Im Kern seines Beitrags steht Minskys Hypothese der finanziellen Instabilität, mit deren Hilfe sich dem Autor zufolge nicht nur die Finanzkrise von 2008, sondern auch der heutige Zustand der Finanzwirtschaft besser begreifen lässt.

Die Finanzkrise und die darauf folgende Staatsschuldenkrise hatten erhebliche Konsequenzen für das europäische Integrationsprojekt. Die strukturellen Divergenzen zwischen den Mitgliedsländern traten nun besonders deutlich zutage, aber auch das Fehlen eines politischen Systems der Euro-Zone, das in der Lage gewesen wäre, solidarische Lösungen für die Probleme zu finden. Vielmehr vollzog sich in der austerritätspolitischen Weise der Krisenbewältigung eine ökonomistische Umdeutung des Solidaritätsverständnisses, die die Kluft innerhalb Europas noch vergrößerte. »In der zwanghaft engmaschigen Konditionierung von sogenannten Solidarleistungen«, so formulierte es Jürgen Habermas kürzlich in seiner Dankesrede für den Deutsch-Französischen Medienpreis in Berlin, »verrät sich der hohle Boden unseres nationalen Selbstverständnisses als gute Europäer.«³ Der fehlende Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union machte sich denn auch 2015 in der großen Uneinigkeit darüber bemerkbar, wie mit der Ankunft all der Menschen umzugehen sei, die aufgrund von Bürgerkrieg, Folter, Hunger oder wirtschaftlicher Not ihre Heimatländer verlassen mussten. Die bestehenden Dublin-Verträge, wonach der Asylantrag in dem Land gestellt werden muss, wo der Boden der EU zum ersten Mal betreten wurde, erwiesen sich als ungeeignet. Sie hätten de facto bedeutet, dass die durch die Fiskalkrise ohnehin schon angeschlagenen südeuropäischen Staaten die Last so gut wie alleine hätten tragen müssen. Eine – an den vorhandenen Kapazitäten gemessene – gleichmäßige Verteilung unter den Mitgliedstaaten wurde wiederum von den ökonomisch schwächeren und mit Zuwanderung wenig vertrauten osteuropäischen Visegrád-Staaten abgelehnt. Eine gemeinsame europäische Lösung wurde somit immer unwahrscheinlicher. Im Gegenteil, das Zusammenspiel der verschiedenen Krisen(diskurse) – die Flüchtlingskrise ebenso wie die Folgen der Finanz- und Euro-Krise – trugen zu einer Re-Nationalisierung und zunehmenden Europaspaskepsis bei, die die ökonomische und sozio-kulturelle Spaltung nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Mitgliedsländer vorantrieben und weiter vorantreiben. Mittlerweile sitzen in vielen Staaten rechtspopulistische Parteien in den Parlamenten, und auch an den Regierungen sind sie immer öfter beteiligt. Am Beispiel Italiens, wo rechte und linke Populisten seit diesem Jahr zusammen regieren, lässt sich die komplizierte Lage Europas besonders gut verdeutlichen. Im gemeinsamen Einverständnis, gegen die EU zu sein, werden sogar die Diskrepanzen zwischen rechts und links weitgehend obsolet.

3 Jürgen Habermas 2018. »Sind wir noch gute Europäer?«, in *Zeit online* vom 4. Juli 2018. www.zeit.de/2018/28/protektionismus-europa-grenzen-rueckzug-herausforderungen (Zugriff vom 17.10.2018).

Es stellt sich die Frage, was angesichts des Auseinanderdriftens Europas getan werden kann. Gibt es Wege aus der Krise? Die meisten Vorschläge, die dazu in den letzten Jahren formuliert wurden, zielen auf eine Vertiefung der europäischen Integration, so auch der unseres Autors *Edgar Grande*. In seinem Beitrag plädiert er für grundlegende Reformen, die sowohl eine Änderung der bestehenden Verträge als auch die Möglichkeit einer finanziellen Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten nach sich ziehen müssten. Wie aber kann das gelingen, wenn die politischen Voraussetzungen zur Realisierung dieser Reformen aufgrund der Interessenkonflikte zwischen den Mitgliedsländern und der Zunahme europafeindlicher Stimmen in den nationalen Parlamenten und Regierungen derzeit nicht gegeben sind? Einen wichtigen Schritt sieht Grande – inspiriert von den Ideen Emmanuel Macrons – darin, eine transeuropäische politische Bewegung zu gründen, die es vermag, die einzelnen proeuropäischen Initiativen zu bündeln und ihnen eine gemeinsame Stimme zu geben.

Eine andere, eher unkonventionelle Antwort auf die Krise Europas lautet nicht »mehr Integration«, sondern »mehr Desintegration«. Um diese Perspektive verstehtbar zu machen, legt *Stefan Immerfall* in seinem Beitrag zunächst die Gründe für den scheinbar unaufhaltbaren Europäisierungstrend, den sogenannten Monnet-Mechanismus, offen. Dieser gerät dem Autor zufolge allerdings an seine Grenzen, und zwar spätestens dann, wenn die Mitgliedsländer selbst nicht mehr daran glauben, von ihrer Zugehörigkeit zur EU zu profitieren. Angesichts aktueller Entwicklungen wie dem Brexit oder der Debatte über einen potenziellen Austritt Italiens aus der EU sei es – auch für ihre Verfechter*innen – ratsam, über vorsichtige Desintegrationsschritte nachzudenken.

Als kompliziert erweist sich nicht nur die gegenwärtige innere Lage der Europäischen Union. Schwierig gestalten sich auch die seit 2005 geführten Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die angesichts des zunehmend autoritären Gebarens des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in den vergangenen Jahren weitgehend zum Stillstand gekommen sind. Spätestens seit dem repressiven Umgang mit dem Putschversuch im Juli 2016 und dem Verfassungsreferendum am 16. April 2017, das die Grundpfeiler der demokratischen Rechtsstaatlichkeit der Türkei ins Wanken brachte, scheint eine ernsthafte Fortführung der Beitrittsverhandlungen kaum vorstellbar. An dem Referendum hatten sich auch türkische Migrant*innen in Deutschland beteiligt, was hierzulande einige Gemüter erregte. Im politischen Engagement türkischer Migrant*innen für Ihr Herkunftsland zeige sich wieder einmal, dass sie sich in Deutschland kaum integriert hätten. Dass die Realität, wie so häufig, komplizierter ist, zeigen *Martina Sauer* und *Dirk Halm* in einer differenzierten Analyse der herkunftsbezogenen politischen Orientierungen Türkeistämmiger in Deutschland. Ihre Befunde legen nahe, dass das politische Engagement für die Türkei – das übrigens sehr vielfältig ist und häufig auch eine Unterstützung der Oppositionsparteien beinhaltet – mitnichten ein Zeichen mangelnder Integration ist; vielmehr sei »auch bei gelungener sozialer und politischer Integration in Deutschland zukünftig mit herkunftslandbezogenen politischen Interessen und Konflikten als Normalität zu rechnen«.

Im Hinblick auf die Frage, was die Integration von Zugewanderten eigentlich bedeutet und was sie impliziert, lassen sich grob zwei Interpretationsweisen unterscheiden. Während assimilatorische Rhetoriken nahelegen, dass es sich dabei um eine einseitige, stufenartige Entwicklung handelt, die abgeschlossen ist, wenn sich die Migrant*in an die Kultur des Aufnahmelands angepasst hat, gehen pluralistische Ansätze von einem beidseitigen Prozess aus, der in der Anerkennung von kultureller Vielfalt und Diversität mündet. Das Diversitätskonzept hat eine lange Geschichte und beschränkt sich nicht auf den Bereich Migration, sondern steht grundsätzlich für die Anerkennung und Gleichberechtigung von Gruppen, die aufgrund bestimmter Merkmale wie Geschlecht, Ethnie, Sexualität, Alter etc. gesellschaftlich benachteiligt werden. Es hat seinen Ursprung in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und verbreitet sich seither zunehmend. Ende der 1990er Jahre wurde es von der Europäischen Union als Leitbild aufgegriffen, und seit 2006 werden Vielfalt und der Schutz vor Diskriminierung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz auch in Deutschland berücksichtigt. *Diversity* hat hierzulande eine enorme Konjunktur erfahren, was sich nicht zuletzt darin manifestiert, dass sie sich ihren Weg in die Curricula und Studiengänge von Hochschulen gebahnt hat und Diversitätsmanagement mittlerweile als ein wichtiges Tätigkeitsfeld in Unternehmen und Organisationen angesehen wird. Auch aus der Organisationskultur von Universitäten sind diversitätspolitische Leitbilder nicht mehr wegzudenken. Doch was beinhalten solche Leitbilder eigentlich? Und inwieweit spiegeln sie sich im universitären Alltag wider? *Jürgen Gerhards* und *Tom Sauwert* gehen diesen Fragen am Beispiel des Hochschulzugangs für verschiedene Gruppen von Studierenden nach. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass in der hochschulpolitischen Diversitätsdebatte genau jene Dimension von sozialer Benachteiligung unberücksichtigt bleibt, die die Bildungs- und Berufschancen in gegenwärtigen Gesellschaften ganz besonders prägt: die soziale Herkunft.

Die Gefahr, soziale Ungleichheit zu verschärfen, geht auch von der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft aus. Kürzlich warnten Ökonom*innen der Weltbank in einem Bericht vor einer sozialen Zerreißprobe durch den digitalen Wandel der Arbeitswelt. Um gefährdete Arbeitnehmer*innen vor der Entwertung und dem Verlust ihrer Arbeit im Zuge von Rationalisierungsprozessen zu schützen und der steigenden Ungleichheit entgegenzuwirken, forderten sie Verbesserungen der Arbeitsmarktpolitik, der Besteuerung und der sozialen Absicherung in der EU.⁴ Über die Chancen und Risiken der Digitalisierung wird viel diskutiert, wobei die Ansichten darüber stark auseinandergehen. Unbestritten ist, dass sie in den vergangenen Jahren in sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Arbeitswelt sowie in das Privatleben vorgedrungen ist. Sie hat sich tief in unsere Gewohnheiten und Lebensweisen eingeschrieben und ist zu einem unverzichtbaren Bestandteil unseres Alltags geworden. Wie unverzichtbar, das zeigt eine Studie der

4 Vgl. Torsten Riecke 2018. »Weltbank warnt vor sozialer Zerreißprobe durch die digitale Arbeitswelt«, in *Handelsblatt* vom 25. September 2018. www.handelsblatt.com/politik/international/soziale-ungleichheit-weltbank-warnt-vor-sozialer-zerreissprobe-in-europa-durch-die-digitale-arbeitswelt/23106566.html (Zugriff vom 17.10.2018).

Universität Bonn, in der mithilfe einer App die Handy-Nutzung von 60.000 Personen ausgewertet wurde: Im Schnitt aktivierten die Nutzer*innen ihre Smartphones 53 Mal am Tag und unterbrachen ihre Beschäftigung somit alle 18 Minuten, um ihre Mails zu lesen, die Facebook-Timeline zu checken, WhatsApp-Nachrichten zu schreiben oder sich einer der anderen unzähligen Apps zu widmen.⁵ Das Stichwort Digitalisierung weckt bei den einen Hoffnungen, bei den anderen schürt es Ängste. Erhöhter Komfort und Lebensstandard, beschleunigte Kommunikation und erleichterte Mobilität – in den Augen ihrer Befürworter*innen lassen sich die liberalen Versprechen von Freiheit und Wohlstand durch die Fortschritte, die eine vernetzte Welt mit sich bringt, in bisher ungekanntem Ausmaß verwirklichen. Kritiker*innen zufolge lauern die Gefahren der Digitalisierung nicht nur im »digitalen Burnout«⁶, sondern auch hinter den unkontrollierten und unregulierten Datenbergen, in denen sie ein dystopisches Potenzial zur massenhaften Überwachung, Manipulation, Ökonomisierung und schlechenden Entdemokratisierung erkennen. *Rainer Mühlhoff* betrachtet in seinem Beitrag eine Begleiterscheinung des digitalen Kapitalismus, die er unter dem Begriff der »digitalen Entmündigung« fasst. Er zeigt, wie die besondere Gestaltung technischer Geräte, ihrer Benutzeroberflächen, der Menüführung oder des grafischen Designs dazu beiträgt, das Verhalten und die Entscheidungen der Nutzer*innen gezielt zu beeinflussen und statistisch zu vermessen, aber auch, wie die Benutzeroberflächen digitaler Geräte zunehmend dahingehend umgebaut werden, dass Einblicke in ihre technische Funktionsweise verhindert werden und ein tieferes Verständnis somit systematisch erschwert wird.

Während sich Mühlhoff für das Zusammenspiel verschiedener Kräfte und Machtstrukturen interessiert, die das individuelle Verhalten Einzelner prä-reflexiv beeinflussen und in eine bestimmte Richtung lenken, betrachten *Jenni Brichzin* und *Sebastian Schindler* diesen Blick »dahinter« kritisch und setzen ihm in ihrem erkenntnistheoretischen Beitrag eine konträre Perspektive entgegen. Statt nur den verborgenen Mechanismen der Macht auf den Grund zu gehen – hier beziehen sie sich etwa auf die ideologiekritische Position der Kritischen Theorie –, plädieren sie in Anlehnung an Bruno Latour und Hannah Arendt dafür, auch die vielfältigen Erscheinungsweisen der Oberflächenphänomene in den Blick zu nehmen, um politische und soziale Erkenntnis zu erlangen.

Claudia Czingon

5 Siehe www.uni-bonn.de/neues/195-2015 (Zugriff vom 17.10.2018).

6 Vgl. Alexander Markowetz 2015. *Digitaler Burnout. Warum unsere permanente Smartphone-Nutzung gefährlich ist.* München: Droemer Knaur.